

Soziale und gesellschaftliche Ursachen für Fanatisierung

Von Gudrun Hentges.



QUELLE: cc search | Freie Nutzung

Mit besonderer Berücksichtigung des Rechtspopulismus widmet sich Gudrun Hentges der Frage, welche Faktoren zum Erstarken extremistischer Positionen beitragen und wie diese in der gesellschaftlichen Mitte verankert sind.

Eine Erklärung des Phänomens der rechtspopulistischen Konjunkturen kann keineswegs eindimensional erfolgen. Will man es angemessen verstehen, so sind gleichermaßen die sozio-ökonomischen, politischen und sozialen Dimensionen zu berücksichtigen.

Sozio-ökonomisch

Die drei Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs (1945-1975) waren geprägt durch weltweites wirtschaftliches Wachstum. Die erste Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre erinnerte daran, dass Wachstum in kapitalistischen Gesellschaften nicht linear, sondern krisenhaft verläuft. Ab den 90ern wurden soziale Sicherungssysteme, errichtet in den Nachkriegsjahren, sukzessive abgebaut. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der

Jahre 2007/2008 stellt die Krise der 1970er Jahre jedoch in den Schatten. Ihr Ausmaß ist vergleichbar mit der Weltwirtschaftskrise 1929, auf die eine große Depression folgte. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten reagierten auf die aktuelle Krise durch eine Bankenrettung und durch Konjunkturprogramme. (1) Dadurch gewannen Banken, Hedgefonds und Ratingagenturen Einfluss auf politische Entscheidungen von Regierungen und Finanzminister. Eine expansive Geldpolitik führte zwar in vielen Ländern zu einer Konsolidierung der Haushalte, die massive Austeritätspolitik hatte jedoch vielerorts zugleich ein Ausbleiben des Wachstums zur Folge. Zudem war diese finanzpolitische Strategie mit extrem hohen sozialen Kosten verbunden und hat dazu geführt, dass soziale Ungleichheiten zugenommen haben –

sowohl innerhalb als auch zwischen den EU-Staaten. (2)

Welche Auswirkungen hatten (und haben) diese Krisenentwicklungen auf die erwerbstätige Bevölkerung? Prozesse der Globalisierung vollzogen sich unter einem neoliberalen Vorzeichen wie etwa Privatisierungen in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Güter. Dieser noch andauernde Prozess führt zu einer Schrumpfung des öffentlichen Beschäftigungssektors und einem Anstieg unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Das aus den USA bekannte Phänomen der „working poor“ hielt auch in Europa Einzug. Neu geschaffene Jobs, vor allem in der Dienstleistungsbranche, zeichnen sich durch ein niedriges Lohnniveau und

ein hohes Maß an Unsicherheit aus. Die Bürger sind zu enormen Anstrengungen gezwungen, um einen sozialen Abstieg zu verhindern bzw. den Lebensstandard zu erhalten. (3)

Politisch

Colin Crouch hat den Begriff ‚Postdemokratie‘ geprägt, der eine auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtete Politik beschreibt, die hinter verschlossenen Türen stattfindet. (4) Die politische Dimension steht somit in Zusammenhang mit einer neoliberalen Globalisierung, die das Vertrauen der Bürger/innen in die parlamentarische Demokratie, das staatliche Handeln und die politischen Repräsentanten der Regierung und Opposition schwinden lässt. Dies ist verbunden mit einer Absage an die Parteien, die Bundesregierung, die Presse und die europäische Integration.

Im Kontext dieser Krise der politischen Repräsentation ist zu beobachten, dass sich in zahlreichen EU-Staaten das politische Koordinatensystem verschoben hat. Staaten, in denen traditionell zwei Parteien abwechselnd regierten oder Regierungskoalitionen stellten, erlebten den Aufstieg einer „dritten Kraft“, die für sich in Anspruch genommen hat, gegen das etablierte Establishment vorzugehen und der Korruption und der Vetternwirtschaft ein Ende zu bereiten. Dies lässt sich z.B. in Österreich mit dem Aufstieg der FPÖ beobachten. Die skandinavischen Staaten, die traditionell sozialdemokratisch regiert worden sind, erlebten einen Aufstieg von sog. Fortschrittsparteien, die sich am rechten Rand des Parteienspektrums formierten, eine radikale Kritik am Regierungshandeln formulierten und damit beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten (z.B. die Dänische Volkspartei oder die Schwedendemokraten). Hinzu kommt ein Vertrauensverlust in jene Parteien (und Gewerkschaften), die (traditionell) die Interessen der Arbeiter/innen vertraten und dem linken Parteienspektrum zugeordnet werden konnten, seien es sozialdemokratische, sozialistische oder (euro)kommunistische Parteien. Diese Parteien haben sich in Europa im Sinne von ‚New Labour‘ oder im Sinne einer Politik des ‚Dritten Wegs‘ zunehmend an einem Wählerklientel orientiert, das aufstiegsorientiert und beruflich erfolgreich war und sind somit politisch in die Mitte gerückt. Der französische Soziologe Didier Eribon interpretiert das daraus resultierende Verschwinden des Klassenbegriffs aus dem politischen Diskurs und die Hinwendung zur extremen Rechten

in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ als „eine Art politische Notwehr der unteren Schichten“, die versuchen, ihre „kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.“ (5) Somit handelt es sich laut Eribon um eine Krise der politischen Repräsentation, die vor allem von jenen erlebt wird, die sich auf den unteren Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie wiederfinden – auf der Suche nach einer politischen Kraft, die die Existenz von Arbeitern nicht leugnet, sondern diese ganz gezielt anspricht und vorgibt, deren Interessen zu vertreten.

Sozial

Die dritte Dimension der Erklärung bezieht sich auf die Frage der Anerkennung. In Anlehnung an Axel Honneth sind hier drei Sphären zu unterscheiden, die sich im Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft entwickelt haben: die fürsorgliche Anerkennung in der Familie, die Anerkennung als Rechtssubjekt mit Bürgerrechten durch den Rechtsstaat, und die über Leistung vermittelte Anerkennung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. (6)

Die oben skizzierten sozio-ökonomischen gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich im globalen Maßstab vollziehen, haben weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die Arbeitsmärkte und die angrenzenden Bereiche (prekäre Arbeit, zeitlich begrenzte Arbeit, Saisonarbeit, Leiharbeit, Crowdwork). Das führt zu einem Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung, der sehr drastisch jene trifft, die von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind und – angewiesen auf staatliche Transferleistungen – einen Rückbau oder Abbau sozialer Sicherungssysteme erleben. Unter mangelnder Anerkennung leiden aber auch die „working poor“ und jene Erwerbstätigen, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben - sei es durch die Entwertung der erworbenen Qualifikation aufgrund technologischer Entwicklungen, Standortverlagerungen oder Entlassungen.

2011 konstatierte Axel Honneth: „Für einen Anstieg öffentlichen Aufruhrs gibt es nur wenige Anzeichen. Der Kampf um Anerkennung scheint sich eher in das Innere der Subjekte verlagert zu haben, sei es in Form von gestiegenen Versagensängsten, sei es in Formen von kalter, ohnmächtiger Wut.“ (7) Mit Blick auf Pegida können wir durchaus konstatieren, dass es seit dem Herbst 2014

zu einem Anstieg des öffentlichen Aufruhrs gekommen ist (wenn auch nur regional auf Dresden und Leipzig begrenzt). Darüber hinaus kann man beobachten, dass vermeintliche Gewissheiten in Frage gestellt werden, die zunehmend auch politisch artikuliert werden. Dazu zählt die Legitimation des politischen Systems und der repräsentativen Demokratie, das Vertrauen in die politischen Repräsentanten, und – nicht zuletzt – eine Zustimmung zur EU Mitgliedschaft.

Fazit

Was hat das mit Extremismus zu tun? „Postdemokratie“, „repressive Modernisierung“ und „Kampf um Anerkennung“ führen keineswegs automatisch zu einem Erstarken (rechts)extremer Positionen. Jedoch: In einer Situation, in der sich Kräfte am rechten Rand formiert haben, die all jene Probleme explizit oder implizit aufgreifen, ist die Bereitschaft ausgesprochen groß, diesen Kräften einen Vertrauensvorsprung zu gewähren und für jene Parteien zu votieren. Offenbar ist es den rechten Kräften in den letzten Jahren gelungen, diese politische, ökonomische und kulturelle Ausgangskonstellation für sich zu nutzen, um davon zu profitieren.

Literatur

- (1) Nachtwey, Oliver: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt am Main 2016, S. 66.
- (2) Vandenbroucke, Frank & Rinaldi, David: Soziale Ungleichheit in Europa. Die Herausforderungen Konvergenz und Kohäsion (hg. für die Bertelsmann Stiftung), Berlin 2016.
- (3) Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft.
- (4) Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008; Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II, Bonn 2011 (Lizenzausgabe für die BpB).
- (5) Ebd., S. 124.
- (6) Axel Honneth: Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 37-45.
- (7) Ebd.

Gudrun Hentges ist Professorin für Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda/Universität zu Köln. Sie lehrt und forscht zu den Themen Migration und Integration, Rassismusanalyse, Extreme Rechte in Deutschland und Europa und Politische Bildung.